

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	107 8a
		TOP:	
	Verhandlung	Drucksache:	-
		GZ:	-

Sitzungstermin:	25.04.2012
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	BMin Dr. Eisenmann
Berichterstattung:	die Vorsitzende
Protokollführung:	Herr Häbe fr
Betreff:	Musikgymnasium, wo bleibst Du? - Antrag Nr. 120/2012 der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 20.04.2012 -

Der im Betreff genannte Antrag ist diesem Protokoll beigelegt.

Zum Antrag informiert BMin Dr. Eisenmann, das Thema Musikgymnasium beschäftigt den Gemeinderat und die Verwaltung seit nunmehr drei Jahren. Bekanntlich habe das Eberhard-Ludwig-Gymnasium Interesse daran, Musikgymnasium zu werden. Gemeinsam mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst sei von dort, auch unter Einbindung der Städtischen Musikschule, ein Konzept entwickelt worden. Der Gemeinderat habe sich z. B. durch Resolutionen schon mehrfach zu diesem Thema bekannt.

Die Landesregierung habe bezogen auf den Antrag der Stadtverwaltung mündlich mitgeteilt, dass sie noch vor der Sommerpause entscheiden will, ob und wo ein Musikgymnasium in Baden-Württemberg entstehen soll. Dabei sei man darüber unterrichtet worden, dass durchaus berechnete Chancen zur Erprobung von zwei Modellen bestehen (Internatslösung in Karlsruhe/Tagesschulkonzept in Stuttgart). Dies sei zumindest das grundsätzliche Ansinnen des Kultusministeriums. Die Abstimmung innerhalb der Landesregierung laufe. Sollte seitens des Landes gesagt werden, Stuttgart könne sich analog des vorgelegten Konzeptes auf den Weg machen, müsste die Verwaltung gemeinsam mit der Schule z. B. die Frage der Raumbedarfe klären. Aktuell habe das Land zum Stuttgarter Konzept keine Kritikpunkte geäußert. Derzeit würden der Verwaltung keine weiteren Informationen

vorliegen. Nun müsse also abgewartet werden.

StR Sauer (CDU) merkt an, mit dieser Ankündigung seitens des Kultusministeriums "ist eine Schwalbe, die vielleicht mehr als einen Frühling bedeutet, auf den Weg gebracht". Zunächst einmal sollte sich die Stadt mit dieser Ankündigung zufrieden geben. Sollte sich bis zur Sommerpause nichts Neues ergeben, wird von diesem Stadtrat vorgeschlagen, die zuständige Ministerialdirektorin in eine der Verwaltungsausschusssitzungen nach der Sommerpause einzuladen. Einen entsprechenden Vorratsbeschluss regt er an. Eingeräumt wird von ihm, dass bei diesem Thema auch die alte Landesregierung lange Zeit untätig war.

Dem abschließenden Vorschlag von BMin Dr. Eisenmann, die Verwaltung werde den Verwaltungsausschuss zur Sommerpause über die weitere Entwicklung informieren und im September könne dann über die weitere Vorgehensweise entschieden werden, stimmt der Ausschuss zu.

zum Seitenanfang